

## Zusammenfassung

Tschechische Stiftungen in der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung des Landes: Von der Samtenen Revolution zum EU-Beitritt

Ein zusammenwachsendes Europa fordert von zivilgesellschaftlichen Institutionen eine Neupositionierung gegenüber Markt und Staat in gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen. Für ein Transformationsland wie Tschechien bedurfte es am Ende des bisher absolvierten Transformationsweges im Hinblick auf den EU-Beitritt einer Institutionalisierung demokratischer Mechanismen und einer konsolidierten Stellung zivilgesellschaftlicher Institutionen. Welche systemische Rolle haben die Stiftungen auf diesem Weg übernommen oder im Umkehrschluss: Wäre ohne Stiftungen eine demokratische zivilgesellschaftliche Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren in Tschechien möglich gewesen?

*Zusammenfassung, Ausblick und Verwertbarkeit der Studie für die künftige Positionierung der Stiftungen in demokratischen Konsolidierungsprozessen postsozialistischer Staaten*

## Forschungsanlass und Objektbereich

Ausgangspunkt der Arbeit war zunächst die Feststellung, dass in Tschechien nach dem Zerfall des alten Regimes zahlreiche inländische Stiftungen entstanden. Ziel und Zweck der Errichtung der Stiftungen war allerdings nur in wenigen Fällen die Förderung der demokratischen Entwicklung durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements. In den ersten Jahren der Transformation wurden inländische Stiftungen häufig in der Absicht gegründet, am Privatisierungserlös zu partizipieren, Steuererleichterungen mitzunehmen oder auch aus Unkenntnis der mangelnden Eignung dieser Organisationsform für eine ausschließlich im operativen Bereich angesiedelte Tätigkeit.

Der Versuch der Verortung des Begriffes *Stiftung* innerhalb des Nonprofit-Sektors und der Zivilgesellschaft mit einer demokratietheoretischen Klammer lässt die Aggregation kollektiver Interessen, die Selektion und Integration individueller Interessen ins Blickfeld rücken.

Stiftungen sind eine spezifische, normativ geregelte Form gemeinwohl-orientierten Handelns, denen sich die Legislative in den letzten Jahren nach vorangegangener „Vernachlässigung“ in Tschechien in besonderer Art angenommen hat. Ihre Gründung rekuriert – unter Voraussetzung des politischen Willens und der politischen Ermöglichung - auf zwei angebotsabhängige Faktoren: Auf die Verfügbarkeit *monetären Kapitals* in Form finanzieller Mittel, Immobilien und auch anderer Wertgegenstände und Kulturgüter und auf die Aktivität

des *Humankapitals*, das Engagement der Bürger, die diese Mittel eigenständig und zweckgebunden in Form einer Stiftung verwalten.

Im Rahmen der empirischen Arbeit werden deshalb Informationen über normative Regelungen im Objektbereich, über die Verfügbarkeit finanzieller Mittel, sich über Stiftungen realisierendes bürgerschaftliches Engagement, historische Hintergründe und zivilgesellschaftliche Konzeptionen im Referenzland aufbereitet.

Die staatlichen Interessen bei der Herausbildung von Stiftungsstrukturen sind ambivalent: Einerseits ist man an der Konsolidierung der gesellschaftlichen Strukturen auf nicht-staatlicher Ebene interessiert, um Kosten im Haushalt zu sparen, durch die Transformation entstandene Lücken im System zu schließen oder auch die Effizienz zu steigern und eine gewisse Wohlfahrtsstaatlichkeit umzusetzen. Andererseits möchte der Staat resp. seine mit den Erfahrungen aus der totalitären Zeit ausgestatteten Staatsdiener die bisherige Kontrolle gesellschaftlichen Lebens nicht aufgeben und sich ein bestimmtes Maß an Direktionsismus erhalten. Auf diesem Aktionsradius bewegen sich die Stiftungen in Tschechien, von denen viele gerade im sozialen Bereich großes Engagement zeigen, dass von der Öffentlichkeit entsprechend honoriert wird.

### Begründungszusammenhang

Der Präsentation und Interpretation der in Form von qualitativen Interviews, schriftlichen Befragungen und einer Beobachtung erhobene Forschungsergebnisse wurde eine theoretische Auseinandersetzung mit den Begriffen Demokratie, Zivilgesellschaft und Nonprofit-Sektor vorangesetzt.

Eine Definition des Begriffes Demokratie, die ausschließlich auf allgemeinem Wahlrecht, einer fundierten Verfassung<sup>462</sup>, dem Parlamentarismus und Mehrheitsprinzip rekurriert, greift zu kurz.

Charles TAYLOR unterstellt, dass „Demokratie stets als ein Bündel bestimmter institutioneller Merkmale ...“ definiert wird. Er sieht „die Existenz repräsentativer, durch Abstimmung gewählter Versammlungen oder Parteienpluralismus“<sup>463</sup> ebenfalls als nicht hinreichende Definition. Er geht der Frage nach, in welchem Verhältnis die Bürger eines demokratischen Gemeinwesens zueinander stehen. Sowohl SCHUMPETERS Modell von der Demokratie als politischer Methode als auch die ROSSEAUSche Idee des „volonté générale“ stellten sich als nicht tragfähig heraus und griffen auch für die theoretische Einbindung der Arbeit zu kurz.

---

<sup>462</sup> Nach POPPER ist die einfachste Definition für Demokratie eine Verfassung, die die Möglichkeit eines friedlichen Regierungswechsels impliziert. Vgl. Dahrendorf, R.: Die Krisen der Demokratie. München. 2002, S. 9f.

<sup>463</sup> Taylor, Ch.: Wieviel Gemeinschaft braucht die Demokratie. Frankfurt/M.2001, S.12.

Der TOCQUEVILLEsche Befund des 19. Jahrhunderts, dass assoziative Strukturen eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen spielen, ist auch im heutigen wissenschaftlichen Diskurs (KRAUS) aktuell: „Eine organisationsstarke Zivilgesellschaft gibt der politischen Artikulation und Bearbeitung kollektiver Anliegen zusätzlichen Rückhalt, treibt die institutionelle Inklusion gerade auch traditionell untergeordneter sozialer Gruppen voran, schafft notwendige Gegengewichte zur staatlichen Macht und ist daher insgesamt eine wesentliche Ressource für die Schaffung, die Aufrechterhaltung und den Ausbau einer demokratischen Ordnung.“<sup>464</sup>

Robert PUTNAMS „Making Democracy Work“ hat das von TOCQUEVILLE untersuchte Verhältnis von Assoziationswesen und Demokratie durch eine weitere Dimension ergänzt. Sein empirisch belegter Befund lässt sich folgendermaßen festhalten: Die Qualität demokratisch legitimer und effizienter Institutionen ist in entscheidender Weise vom Sozialkapital abhängig, „dass intermediäre Gruppen außerhalb der politischen Regelungssphäre produzieren.“<sup>465</sup> Die Akkumulation des Sozialkapitals wiederum geschieht in den „civil associations“ und „membership organizations“, die organisationsintern auf das Verhalten und Vertrauen des Bürgers wirken, organisationsextern „zur Effektivität in Stabilität demokratischer Regierungen beitragen“<sup>466</sup>. Diesem Befund trägt die Arbeit durch die Entwicklung eines Integrativen Modells als Aktionsrahmen für zivilgesellschaftliche Akteure Rechnung. Anhand des Modells werden im strategischen und operativen Tätigkeitsbereich der Stiftungen die endogenen, exogenen und organisationstheoretischen Einflussfaktoren auf zivilgesellschaftliches Handeln mit den Aggregationsebenen demokratischer Konsolidierung zusammengeführt.

Vor diesem Hintergrund wurden die Ergebnisse der 15 qualitativen Interviews (7 explorative, 6 Hintergrundinterviews und 2 Experteninterviews) präsentiert. Die Auswahl für die explorativen Befragungen erfolgte durch Aufbereitung des empirischen Materials zu den im Bereich *Förderung der Zivilgesellschaft und Demokratie* tätigen tschechischen Stiftungen sowie durch eine Zufallsbefragung. Die Gesprächspartner für die Hintergrund- und Experteninterviews wurden nach dem Literaturstudium ausgewählt und (bis auf eine Ausnahme) in schriftlicher Form angesprochen.

---

<sup>464</sup> Kraus, P.A.: Assoziationen und Interessenrepräsentation in neuen Demokratien. In: Merkel, Sandschneider (Hrsg.): Systemwechsel 4. Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß. Opladen. 1999, S. 27.

<sup>465</sup> a.a.O., S. 27.

<sup>466</sup> Zimmer, A./Priller,E.: Zukunft des Dritten Sektors in Deutschland. In: Anheier,H.K./Priller,E./Seibel,W./Zimmer,A.(Hrsg.): Der Dritte Sektor in Deutschland.Berlin.1997,S.260. Nach : Putnam, R.: Making Democracy Work. Princeton, 1993.

Die Ergebnisse der empirischen Arbeit lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*1. Im Betrachtungszeitraum hat sich die Anzahl und die Rolle der tschechischen Stiftungen im demokratischen Konsolidierungsprozess des Landes geändert.*

Die Anfang der neunziger Jahre zahlreich entstandenen Stiftungen ohne Förderkonzept (2444 in 1994 und bereits 4657 in 1997) wurden durch das Inkrafttreten des Gesetzes über Stiftungen und Stiftungsfonds zum 1.1.1998 gezwungen, eine Neuregistrierung vorzunehmen. Den Kriterien des Gesetzes entsprachen ca. 300 inländische Stiftungen, von denen primär nur fünf am strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors teilnehmen. Diese Stiftungen sind stark von exogenen Einflüssen, Ziel- und Wertvorstellungen ihrer ausländischen Förderer geprägt. Gegenwärtig sind ca. 100 inländische Stiftungen im operativen Bereich tätig und schreiben regelmäßig Grants aus. Sie ergänzen resp. ersetzen staatliches Handeln insbesondere in den Bereichen Soziale Dienste, Gesundheit und Bildung.

Die Einzelfalluntersuchungen zeigten, dass die inländischen Stiftungen anfangs nicht in der Lage waren, aus eigener finanzieller und konzeptioneller Kraft den strukturellen Aufbau eines zivilgesellschaftlichen Institutionengefüges zu steuern. Seit 1998 nehmen die inländischen Stiftungen, ausgestattet mit einer normativen und – wenn auch bescheidenen – inländischen finanziellen Basis (NIF und ab 2005 Einkommensteuerassignmentsmöglichkeit) sowie mit erworbenen Managementkenntnissen diese Steuerung zunehmend selbst wahr. Ausländische finanzielle Förderung bleibt nach wie vor unverzichtbar, wird jedoch zunehmend geringer.

*2. Im Betrachtungszeitraum kann keine Korrelation zwischen der Anzahl der Stiftungen als Rechtsform und der zivilgesellschaftlichen Entwicklung und demokratischen Konsolidierung festgestellt werden. Gleichwohl tragen die Stiftungen nicht nur durch ihre Grants an andere zivilgesellschaftliche Akteure entscheidend zur Verfestigung partizipativer demokratischer Strukturen bei.*

Zivilgesellschaftliche Entwicklung als eine Aggregationsebene demokratischer Konsolidierung verlagerte sich zu Beginn der neunziger Jahre vorrangig in den normativ-institutionellen Bereich. Später erfassten die politisch kommunizierten Konzeptionen über den Aufbau einer Zivilgesellschaft nur die Pole eines potentiellen Entwicklungsspektrums. Politiker und Personen des öffentlichen Lebens wurden von einzelnen Interessengruppen instrumentalisiert. Unter Hinzuziehung empirischer Evidenzen im Bereich des Bürgerengagements und bezüglich der Rezeption zivilgesellschaftlicher Strukturen in der

Bevölkerung lässt sich Ende der neunziger Jahre bis 2004 eine Vertiefung zivilgesellschaftlicher Entwicklung verifizieren. Diese Tendenz steht nicht in Korrelation mit der Anzahl der Stiftungen, die seit 1998 mit einer leichten Progression um 300 liegt.

Die Auswertung der im Rahmen des JHCNSP erhobenen Daten zeigt, dass die tschechischen Stiftungen an der Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und deren Tätigkeiten im Jahre 1995 mit durchschnittlich ca. 6% der ermittelten Gesamtfinanzierungskosten beteiligt waren. Neuere Daten resp. Daten über einen Verlaufszeitraum sind zwar existent, verbieten allerdings aufgrund der Unterschiedlichkeit der Erhebung einen direkten Vergleich.

Mit Verweis auf die empirischen Evidenzen ist für Tschechien eine Progression in Bezug auf den Anteil der Stiftungen am Gesamtfinanzierungsvolumen zivilgesellschaftlicher Tätigkeitsfelder, insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Umwelt zu prognostizieren.

*3. Stiftungen sind im postsozialistischen Entwicklungsprozess als Organisationsform geeignet, eine Artikulation von kollektiven Interessen vorzunehmen, individuelle Interessen zu aggregieren und zu selektieren.*

Sie sind seit 1990 bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt Ansprechpartner für Finanz- und Know-how Transfer aus dem Ausland.

Anhand von drei ausgewählten Stiftungen wurde deutlich, dass die Artikulation kollektiver Interessen und Bündelung individueller Interessen insbesondere in der operativen Tätigkeit der Stiftungen möglich ist. Die Stiftungen schließen im Betrachtungszeitraum sowohl systemische Lücken, z.B. durch die Bereitstellung eines umfangreichen Angebots sozialer Dienste (Olga-Havlová-Stiftung) und übernehmen aktiv und flexibel kollektive Aufgaben, z.B. in der Bildungs- und Innovationsförderung (Jan-Hus-Stiftung und Stiftung Charta 77) oder bei der Beseitigung der Folgen von Naturkatastrophen.

Darüber hinaus können Stiftungen in Transformationsländern wie Tschechien unter Voraussetzung entsprechender normativer Regelungen eine spezielle Aufgabe wahrnehmen: Sie sind aufgrund ihrer langfristigen Zielsetzungen und ihres auf Bestand und Langfristigkeit angelegten Kapitalstocks die einzige Organisationsform im Nonprofit-Bereich, die die Implementierung demokratischer Werte und im weiteren die demokratische Konsolidierung des Landes koordiniert.

Die nähere Betrachtung der Förderinstrumente und –ziele einer Stiftung (VIA), die sich bereits im Laufe der Interviews durch ihr besonderes Vermögen auszeichnete, bürgerschaftliches Engagement im Land und finanzielle Ressourcen im In- und Ausland in einem optimalen Zeithorizont zusammenzuführen, zeigt, dass es dieser Stiftung gelang,

durch die Verknüpfung kommunaler Aktivitäten, institutionell-struktureller Unterstützung und der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten die Rolle eines Navigators für einige größere, gesamtstaatlich agierende Stiftungen zu übernehmen und so die demokratische Konsolidierung des Landes voranzubringen.

Die tschechischen Stiftungen verfügen über ein aktives, gestaltendes Selbstverständnis, das sich nicht auf eine Ergänzungsfunktion zu staatlichem Handeln beschränkt. Dies hat zwei Gründe:

- Mit ihrem Entstehen nach 1989 im Kontext mit dem von OFFE bezeichneten „Dilemma der Gleichzeitigkeit“<sup>467</sup> von (Neu-)bestimmung territorialer Integrität, Auflösung des Einparteimonopols und ideologischem Dogma sowie Neuordnung der Rechts-, Wirtschafts- und Eigentumsstrukturen war den tschechischen Stiftungen eine strategisch bedeutsame Positionierung möglich.
- Die derzeit noch beträchtliche Außenfinanzierung bringt auch Werte und Vorstellungen der Geldgeber über die Aufgaben der Stiftungen mit sich. In Tschechien wurde in den neunziger Jahren der Versuch, an demokratische Strukturen der Vorkriegszeit anzuknüpfen und kooperative Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat im Sinne eines europäischen Verständnisses durch angloamerikanisches Mäzenatentum „überraunt“.

#### *4. Die tschechischen Stiftungen erobern sich mit fortschreitender demokratischer Konsolidierung nicht gleichermaßen das Bewusstsein der tschechischen Öffentlichkeit.*

Die Öffentlichkeit nimmt die Stiftungen nur punktuell in den Bereichen wahr, wo die Interessen des Einzelnen angesprochen werden und konkreter individueller Nutzen entspringt. Zudem befördert eine starke sozialpolitische Akzentuierung der Tätigkeitsschwerpunkte einer Stiftung, aber auch die Verbindung mit Personen des öffentlichen Lebens deren Medialisierung.

Stiftungen, die sich vordergründig dem strukturellen Aufbau des Nonprofit-Sektors und der Fähigkeit zur Selbstorganisation der Zivilgesellschaft widmen, werden von der Bevölkerung weniger wahrgenommen als Stiftungen, die an der konkreten Problemlösung aktueller gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt sind. Auch die Bereitschaft für persönliches, freiwilliges und finanzielles Engagement der Tschechen ist in diesen Stiftungen weniger ausgeprägt.

---

<sup>467</sup> Offe, K.: Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten. Frankfurt/Main. 1994, S.64f.

*5. Es ist eine Asymmetrie in der Interessenvertretung durch staatliche Institutionen zwischen den Stiftungen und den anderen NPOs, z.B. Zivile Vereinigungen, Gemeinnützige Gesellschaften, festzustellen.*

Die Existenz einer staatlichen Interessenvertretung der Nonprofit-Organisationen in Form des RNNO (Rada nestátních neziskových organizací – Rat für nichtstaatliche Nonprofit-Organisationen) zeigt, dass die zentralistische, etatistische Vergangenheit in der Gegenwart weiterlebt und staatliche Kontrollmechanismen erhalten werden sollen.

Äußerungen aus dem RNNO lassen darauf schließen, dass strategisch in erster Linie Nonprofit-Organisationen wie Zivile Vereinigungen unterstützt werden – nicht die Stiftungen; Handlungen des RNNO, so sein vehementes Einsetzen für die Gebietsreform und für die Verteilung der NPO- Zuschüsse über die Gebietsebene untermauern die Absicht, die derzeitige Position der Stiftungen zu untergraben und wieder zunehmend staatlicher Direktion zugänglich zu machen.

*6. Das tschechische Stifterforum (Fórum dárců) ist ein mit externen Fördergeldern institutionalisierter Mechanismus der Bündelung einzelner Positionen der Stiftungen sowie der Artikulation einer Gesamtposition gegenüber den politischen Akteuren.*

Das Stifterforum macht Lobbyarbeit für die Interessen der Stiftungen, für Gesetzesänderungen im Nonprofit-Sektor, für die eine einzelne Stiftung nicht die Kapazität hätte.

Bei der Auflistung der finanziellen Förderer des Stifterforums (Charles Stewart Mott Foundation, Delegation der Europäischen Kommission in der ČR, German Marshall Fund, TRUST, US-amerikanische Botschaft und Rockefeller Brother Fund) stößt man auf eine Diskrepanz zwischen der Steuerungsfähigkeit der im postkommunistischen Institutionengefüge geschaffenen Interessenvertretung und deren eng begrenzten eigenen Ressourcen. Die Abhängigkeit von externen Fördergeldern lässt den Schluss zu, dass bei der Artikulation und Durchsetzung von Interessen nicht ausschließlich tschechische Ambitionen im Vordergrund stehen. Erste Erfolge bei der Beeinflussung parlamentarischer Entscheidungsmechanismen kann das Stifterforum mit der Durchsetzung der Vorlage für die Auszahlung der NIF-Gelder und mit der Novelle des Stiftungsgesetzes bereits verzeichnen. Die weitere legislative Arbeit fokussiert sich auf die Einführung einer Steuerassiguation an Nonprofit-Organisationen zum 1.1.2005.

*7. Die politisch kommunizierten Konzeptionen über den Aufbau einer Zivilgesellschaft in Tschechien erfassten in den neunziger Jahren nur die Pole eines potentiellen Entwicklungsspektrums, wurden von einzelnen Interessengruppen instrumentalisiert und führten zu Blockaden.*

Die normative Konzeption (Havel) sieht die Zivilgesellschaft als einheitlichen Akteur, in der sich die Bürger direkt an der Formulierung von Politik und der Ausübung von Macht beteiligen. Havel verbindet mit Zivilgesellschaft und Demokratie neben den Wertvorstellungen der Menschen im wesentlichen drei Elemente:

Die Organisation der Bürger und deren Aktivitäten in Verbänden und Vereinen als Beitrag zur Selbststrukturierung der Gesellschaft; die staatliche Dezentralisierung mit einer starken Selbstverwaltung und die Delegation und Auslagerung staatlicher Aufgaben.

Gegenüber dieser normativen Konzeption steht die liberale Vorstellung des ehemaligen Regierungschefs und jetzigen Präsidenten Václav Klaus, der eine Vision der Gesellschaft freier Bürger als Polarität von Individuen und Staat zeichnet, die Existenz kollektiver Interessen leugnet und „Kollektivität“ als eine Bedrohung für die parlamentarische Demokratie sieht.

Blockaden haben sich im Betrachtungszeitraum in der um Jahre verzögerten Auszahlung der Gelder des Stiftungsinvestitionsfonds gezeigt. In ihm wurden 1991 1% der Aktien aus der 2. Welle der Kuponprivatisierung im Rahmen des Nationalen Eigentumsfonds der ČR für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen bereitgestellt. Ein weiteres Hemmnis war die relativ späte Verabschiedung des im europäischen Kontext sehr progressiven Gesetzes über Stiftungen und Stiftungsfonds in 1997. Nicht zuletzt wirkten sich die radikal kommunizierten zivilgesellschaftlichen Konzeptionen auf parlamentarische Entscheidungen aus. So wurde das innovative Gesetz zur Steuerassiguation an Nonprofit-Organisationen in der ersten Fassung vom Parlament abgelehnt.

*8. Tschechische Stiftungen übernahmen bei den Vorbereitungen des EU-Beitritts Tschechiens die Rolle eines Mediators. Sie trugen durch zahlreiche Programme, Projekte und Veranstaltungen dazu bei, die EU und deren Politik den tschechischen Bürgern transparent zu machen und künftige Möglichkeiten der Partizipation aufzuzeigen.*

Die Stiftungen leisteten durch Informationsarbeit einen Beitrag für den Erfolg der Vorbereitungen des EU-Beitritts Tschechiens, indem sie das Verhalten der politischen Akteure im Hinblick auf die Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse, deren Kompetenzen durch die Erfahrungen aus dem sozialistischen Regime und durch aktuelle innenpolitische Interessen überlagert sind, bedingt kompensieren konnten.



Beispielhaft stehen hier Stiftungen wie NROS und VIA. Eine völlige Kompensation wird durch folgende Evidenz ausgeschlossen: Die osteuropäische Tradition der Determinierung der Zivilgesellschaft durch die Politik spezifiziert sich im tschechischen Kontext in der zunehmenden Dominanz der pragmatischen Konzeption von Zivilgesellschaft.

Dysfunktionale Reize während des Beitrittsprozesses im Sinne des FRANTZschen Springformmodells, wie z.B. Probleme aufgrund der Umwälzung der Sozialstruktur, der wirtschaftlichen Transformation und der Hegemonie der Parteien wurden von den Stiftungen rezipiert und durch eigene Programme sowie durch die Vergabe von Grants an andere NPOs kanalisiert.

*9. Demokratische Konsolidierung ist ein mehrdimensionaler Prozess, der auf zivilgesellschaftlicher Ebene, normativ-staatlicher Ebene und institutioneller Ebene zu verifizieren ist. Die Verortung zivilgesellschaftlicher Organisationen, in der vorliegenden Untersuchung vollzogen am Beispiel der tschechischen Stiftungen, allein auf der institutionellen Ebene demokratischer Konsolidierung ist nicht ausreichend.*

Ein – dem Integrativen Modell zivilgesellschaftlichen Handelns inhärenter – handlungstheoretischer Ansatz, der integrativ auf exogene Faktoren sowie auf die Akteure in den Stiftungen und deren Handlungsmotivation rekurriert, trägt dazu bei, zivilgesellschaftliches Handeln in postsozialistischen Konsolidierungsprozessen zu modellieren. Gleichsam findet sich dadurch eine Abgrenzung zu Organisationen, die als Instrument vermeintlicher Interessenvertreter in totalitären Regimen dienen. Ein handlungstheoretischer Ansatz bietet einerseits eine Erklärung, warum nicht alle zivilgesellschaftlichen Organisationen per definitionem systemunabhängig einer demokratischen Entwicklung zuträglich sind. Darüber hinaus gestattet er, den Bürger als Akteur in zivilgesellschaftlichen organisationalen Zusammenhängen ins Blickfeld zu rücken. Dieser trägt in Tschechien das historische sozialistische Erbe, für eine sich nach 1989 neu formende Zivilgesellschaft als Träger des sozialen Kapitals Defizite aufzuweisen und zudem nicht als Träger des monetären Kapitals fungieren zu können. Diese Rolle, die in den westeuropäischen Gesellschaften historisch dem Bürgertum zukam, konnte in Tschechien durch die Stiftungen (vgl. Anzahl der Stiftungen im Untersuchungszeitraum S. 61) substituiert werden.

Übersicht 15: Aggregationsebenen demokratischer Konsolidierung unter Akzentuierung der Stiftungen

Ebenen demokratischer Konsolidierung	Institutionelle Ebene	Samtene Revolution	AGNES (1998)									
			Olga-Havlová-Stiftung (1998)									
			Stiftung VIZE 97 (1997)									
			Stiftung VIA (1997)									
			CpkP (1996)									
			Informationszentrum für NPOs – ICN (1993)									
			Stiftung zur Entwicklung der Zivilgesellschaft NROS (1992)									
			Open Society Fond Praha (1992)									
			Stiftung Partnerství (1991)									
			Stiftung Jiří z Poděbrad (1990-1997)									
	Jan-Hus-Stiftung (1990)											
	Stiftung Charta 77 (1990)											
	Normative Ebene		4	5 6 7	8	9 13	10 11	14 12	EU – Beitritt	15		
			Rezeption der Stiftungstätigkeit									
			Politisch kommunizierte Konzeptionen über den Aufbau der Zivilgesellschaft									
Zivilgesellschaftliche Ebene	1	Wahrnehmung individueller und kollektiver Interessen durch zivilgesellschaftliche Institutionen										
	2	Konnotationen des Begriffes Demokratie										
	3	Exogene Einflussnahme										
		Vor 1989	1989	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	

- 1 Hausseminare (z.B. Tomin, Hajdane, Patočka)
- 2 Samizdat-Publikationen (z.B. Ivan Klíma, Václav Havel, Ludvík Vaculík, Arnošt Lustig)
- 3 Bürgerinitiativen (z.B. Demokratische Initiative, Charta 77, Bewegung für bürgerliche Freiheiten)
- 4 Gesetz Nr. 83/1990 Sammlg., über die Vereinigung von Bürgern (Zivile Vereinigungen)
- 5 Gesetz Nr. 308/1991 Sammlg., über die Glaubensfreiheit und die Stellung von Kirchen und Religionsgemeinschaften
- 6 Gesetz Nr. 424/1991 Sammlg., über die Vereinigung von politischen Parteien und politischen Bewegungen und Gesetzesnovelle Nr. 340/2000 Sammlg.
- 7 Gesetz Nr. 513/1991 Sammlg., Handelsgesetzbuch, Einzelgesetze zur Regelung der Stellung von Berufskammern
- 8 Gesetz Nr. 248/1995 Sammlg., über Gemeinnützige Gesellschaften
- 9 Gesetz Nr. 227/1997 Sammlg., über Stiftungen und Stiftungsfonds
- 10 Gesetz Nr. 1/1993 Sammlg., Verfassung der Tschechischen Republik
- 11 Gesetz Nr. 367/1990 Sammlg., über die Gemeinden – Gemeindeordnung.
- 12 Gesetz über die Gebiete (Gebietsreform)
- 13 Stiftungsinvestitionsfonds I. Etappe 1997
- 14 Stiftungsinvestitionsfonds II. Etappe 1999
- 15 Gesetz über die Steuerassigination (in Vorbereitung)

Quelle: Eigene Darstellung

Aus der Implikation, dass die spezifische Ausprägung der institutionellen Ebene zivilgesellschaftlicher Organisationen eines Landes sowie die Resultate ihres Handelns als Abbild zivilgesellschaftlicher Reife ein Indikator für demokratische Konsolidierung ist, folgt:

Die Positionierung der Stiftungen in demokratischen Konsolidierungsprozessen postsozialistischer Staaten ist abhängig von:

- der normativen Einbindung in die Gesetzgebung des Landes

Die Schaffung eines eigenen Stiftungsgesetzes war vor dem Hintergrund der Untersuchung ein folgerichtiger Schritt: Langfristig angelegte Prozesse wie die demokratische Konsolidierung eines Landes sollten durch langfristig wirkende Instrumente flankiert und gesteuert werden. Hier nehmen die Stiftungen eine besondere Stellung ein.

- den im Land vermittelten zivilgesellschaftlichen Konzeptionen

Eine öffentlich geführte politische Debatte über Zivilgesellschaft in Verbindung mit gesellschaftlichen Konzeptionen kann die Position der Stiftungen ausloten. Wird diese unter dem Fokus der möglichen Umsetzung individueller und kollektiver Interessen der Bürger geführt, ist eine große Akzeptanz der Stiftungen zu verzeichnen.

- den Interessen und Werten der Akteure auf staatlicher und parteipolitischer Ebene sowie vom Humankapital in den Stiftungen und dessen Gestaltungswillen

Seit 1989 verfügte keine der Regierungen über die notwendigen Instrumente für eine selektive Politik gegenüber Nonprofit-Organisationen. Unabhängig von der politischen Ausrichtung der Regierung herrschen zentralistische Mechanismen vor. Die Einführung dezentraler Strukturen führt daher nur scheinbar zur Differenzierung der staatlichen Politik gegenüber den einzelnen zivilgesellschaftlichen Bereichen.

Die Kompetenzen der Akteure in den Stiftungen haben sich durch Know-how Transfer, Schulungen etc. erhöht.

- der finanziellen in- und ausländischen Förderung der Stiftungen

Die finanzielle externe Förderung der Stiftungen und in diesem Zusammenhang des strukturellen Aufbaus zivilgesellschaftlicher Organisationen im ersten Jahrzehnt nach der Samtenen Revolution war für die Konsolidierung der Demokratie unabdingbar. In Synthese

mit einer inländischen Förderung (NIF, Steuerassiguation) wird eine gesellschaftliche Identifizierung mit dem neuen institutionellen Rahmen geschaffen.

- den Interessen und Werten der externen Förderer

Die Interessen und Vorstellungen über die gesellschaftliche Ordnung seitens der externen Förderer, die über Stiftungen als institutionelle Möglichkeit der Vermittlung kommuniziert werden, beeinflussen nicht nur die Rezeption des Stiftungshandelns in der Öffentlichkeit, sondern wirken auch auf die Konnotationen der Begriffe Zivilgesellschaft und Demokratie.

- vom ökonomischen Umfeld.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für das Agieren der Stiftungen sind durch die normative Ebene prädiktiert, aber insbesondere in den ersten Jahren der Transformation aufgrund sich erst formender normativer Grundlagen und der damit verbundenen Neuordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verfestigt.

Übersicht 16: Ziele, Probleme und Chancen ausgewählter Akteure in der demokratischen Konsolidierung

Akteur	Bürger	Stiftungen	Staat	Politische Parteien
<i>Aggregations- ebenen</i>	<i>zivilgesellschaftlich und institutionell</i>	<i>Institutionell</i>	<i>Institutionell und normativ</i>	<i>institutionell</i>
Ziele	<ul style="list-style-type: none"> <li>- demokratische Strukturen</li> <li>-Zivilgesellschaft zur Durchsetzung individueller und kollektiver Interessen (Partizipation)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verantwortliche Rolle im demokratischen System</li> <li>- Förderung bürgerschaftlichen Engagements</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bestätigung seiner Legitimation</li> <li>- Schaffung von Institutionen und Mechanismen zur Durchsetzung seiner Interessen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Durchsetzung ihrer machtpolitischen Vorstellungen</li> <li>- Gewinnen von Mitgliedern und Wählerstimmen</li> </ul>
Probleme	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwierigkeiten beim Überwinden alter Verhaltensmuster</li> <li>- Gesellschaftliche Fragmentierung</li> <li>- Verweigerte Partizipation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Schwierigkeiten beim Bilden von Stiftungskapital</li> <li>- Mangelndes Know-how nach 1989</li> <li>- Mangelnde Unterstützung beim strukturellen Aufbau des NPS in der Bevölkerung</li> <li>- Vermittlungsprobleme in der Öffentlichkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>Dichotomie des „my“ a „oni nahe“ („wir“ und „die daoben“)</li> <li>- Legitimation gegenüber der Bevölkerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verlust von Machtpositionen und Einflussphären</li> <li>- Legitimation gegenüber der Bevölkerung</li> </ul>
Chancen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- neue Verfassung als Garant freiheitlicher Grundrechte</li> <li>- Partizipation am gesellschaftlichen Leben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterstützung aus dem Ausland (finanziell und Know-how)</li> <li>- Eigene Innovation (normativ: NIF, Stiftungsgesetz, 1%-Assignment)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angleichung an EU –Rechtsnormen</li> <li>- EU-Beitritt als Eröffnung neuer Kooperationen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Änderung ihres Selbstverständnisses: als Bestandteil der Zivilgesellschaft zum gesellschaftlichen Leben beitragen</li> </ul>

Quelle: Eigene Darstellung